. . . im übrigen sind wir der Meinung, daß Berlin wieder vereinigt werden muß.

Hart

Mit einer zuverlässigen Regelmäßigkeit meldet die Krankenversicherung nun schon zum dritten Jahr „ihren Nikolaustag" an. Auf vorgedruckten Schreiben wird dem „sehr geehrten Versicherten" unter anderem mitgeteilt:

„Das Bundesaufsichtsamt hat die Leistungs- und Prämienanpassung auf ihre Berechtigung sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach geprüft."

Natürlich ist die Gesamtprämie keineswegs gesenkt worden. Wie wäre das auch in dieser Zeit zu erwarten?! Wie schon im vergangenen Dezember und im Jahre zuvor müssen für eine vierköpfige Familie monatlich wieder einmal schlichte zwanzig Mark mehr berappt werden, inzwischen 184 Mark.

Es läßt sich heute schon ausrechnen, daß zum Nikolaustag 1967 auch die 200-Mark-Grenze mühelos erreicht wird, vom Bundesaufsichtsamt geprüft.

Schließlich hat jeder Ruprecht außer der Rute auch Nüsse im Sack. Und die soll der „sehr geehrte Versicherte" mal schön allein knacken . . .

Jobst

HEUTE

Der dänische Botschafter Kield Gustav Graf Knuth-Winterfeldt trifft mit seiner Gattin in Berlin ein.

Akademische Feierstunde anläßlich der Fertigstellung eines Bauabschnittes des pharmazeutischen Instituts der Freien Universität im Botanischen Museum (10 Uhr).

„Planung und Verheißung", Jahrestagung der Evangelischen Akademikerschaft, Am Kleinen Wannsee.

Konventssitzung der Studentenvertretung der Freien Universität im Hörsaal D des Henry-Ford-Baues (18 Uhr).

„Mitgedacht — mitgemacht", politischer Wettstreit der Jugend im Haus des Rundfunks (17 Uhr).

Eröffnung eines neuen Wochenmarktes in Spandau, Westerwaldstraße (14 Uhr).

Vortragsveranstaltung des Verbandes der praktischen Ärzte Berlins in der Kongreßhalle (20 Uhr).

Bälle im Berlin Hilton: Fachschaft Pharmazie der Freien Universität und Tennisclub Blau-Gold.

Gordon Hitchens zeigt neue amerikanische Dokumentarfilme vor den Freunden der Kinemathek in der Akademie der Künste (20 Uhr).

In Steglitz, Bergstr. 94-97, Eröffnung eines VW-Kundendienstes der Firma Eduard Winter (11 Uhr).

Empfang der Firma Gebrüder Manns aus Anlaß ihres 75jährigen Jubiläums im Haus der Kaufleute (11.30 Uhr).

Grundsteinlegung für neuropsychiatrische Klinik

Der Grundstein für den Neubau einer neuropsychiatrischen Klinik wurde jetzt auf dem Gelände des Waldhauses in Nikolassee gelegt. Die Architektengemeinschaft Hunger und Wolff lieferte die Pläne für dieses Projekt. Im ersten Bauabschnitt entsteht ein zwei- und ein dreigeschossiger Trakt, in dem später vier Stationen mit 140 Betten Platz finden. An den Kosten in Höhe von 7,2 Millionen DM wird sich der Senat mit fast 3,2 Millionen DM und das Zahlenlotto mit 1,5 Millionen DM beteiligen. Die Evangelische Kirche stellte ebenfalls einen namhaften Betrag zur Verfügung. Geplant ist außerdem ein weiterer Bauabschnitt mit 70 Betten.

Die jetzige Klinik, deren Träger das Theodor-Wenzel-Werk e. V. ist, wurde bereits 1859 gegründet. 1936 übernahm die Innere Mission das Haus. Durch den Neubau wird die Klinik auf 360 Betten erweitert.

Meller Losbriefaktion für Reinickendorf ergab 28 000 DM

In einer Losbriefaktion haben die 10 000 Einwohner der niedersächsischen Stadt Melle am Wiehengebirge 28 000 Mark für die Erholung alter Reinickendorfer Bürger gesammelt. Der Bürgermeister von Melle, Zeese, wird heute dreißig aus der Spende finanzierte Freiplätze für dreiwöchige Erholungsaufenthalte in Melle überreichen. Die Spende wird im Rahmen einer Sitzung des Meller Stadtrates übergeben, die um 18 Uhr im Rathaus Reinickendorf zusammentritt. Nach Mitteilung des Bezirksamtes Reinickendorf sind 1964 zum ersten Male zehn ältere Bürger des Bezirks über das Hilfswerk Berlin nach Melle gekommen.

Blick in die Gästeliste

Hilton: Edmond Benkohen, Kaufmann (Istanbul); Direktor Joseph Hinde (Surrex/England); John Leonard, Reisebüro-Agent (Berkeley). Hotel am Zoo: Prof. Dr. Egon Eiermann (Karlsruhe). Ambassador: Konsul Georg Piening (Schöningen). Arosa: Generaldirektor Knuttieg (Westlake/USA). Europäischer Hof: Sepp Herberger, Dieter Lommel, Innenarchitekt (Bad Godesberg); Parkhotel Zellermayer: Wilhelms Benier, Exporteur (Levenstaat/Holland). Plaza: Robert Berr, Konzertpianist (Tirschenreuth); Olaf Murveill, Artist (Rendsburg). Steinplatz: Hubert Hilten, Schauspieler (München). Windsor: Prof. Wolfgang Leydhecker (Würzburg); Peter Albrecht, Fabrikant (Texas); Ebrahim Davari, Diplomat (Teheran).

Rücktritt erfolgte im Telegramm-Stil

Senatsmitglieder mit Wahrung der Geschäfte beauftragt

Berlin ist mindestens zwölf Tage ohne formell bestätigte Regierung. Nach der Rücktrittserklärung des Senats gestern nachmittag sind seine Mitglieder nur noch kommissarisch im Amt. Der neue Senat kann frühestens am 12. Dezember durch das Abgeordnetenhaus gewählt werden, zwei Tage nach dem Landesparteitag der SPD, auf dem die Delegierten ihrer Parlamentsfraktion den neuen Regierenden Bürgermeister vorschlagen.

Während der Plenarsitzung im Rathaus Schöneberg hatte Präsident Otto Bach den Inhalt des erwarteten Schreibens von Willy Brandt aus Bonn bekanntgegeben. Darin hieß es: „Der Bundespräsident hat mich zum Mitglied der Bundesregierung ernannt." Gemäß dem Grundgesetz und dem Gesetz über die Stellung der Bundesminister ließ Brandt dann seinen Rücktritt vom Amt des Regierenden Bürgermeisters erklären. Nach dem Verlesen des Telegramms sprach Bach im Namen des Abgeordnetenhauses dem neuen Vizekanzler und Bundesaußenminister den Dank für die Arbeit aus, die er seit Januar 1955 als Berliner Parlamentspräsident und vom Oktober 1957 an als Chef des Senats für die Stadt und ihre Bevölkerung geleistet habe. Berlin freue sich über die verantwortungsvolle Aufgabe eines Berliners in der Bundesregierung.

Nach dieser Dankadresse trat Bürgermeister Heinrich Albertz an das Rednerpult. Er sagte: „Nachdem Bundesminister Brandt dem Abgeordnetenhaus den Rücktritt erklärt hat, erklären auch die übrigen Mitglieder des Senats ihren Rücktritt." Mit dem Einverständnis des Plenums gab daraufhin Bach bekannt, daß die Senatsmitglieder die Geschäfte vorläufig weiterführen würden.

Nach knapp fünf Minuten war dieser nicht zur Tagesordnung gehörende Punkt erledigt, auf den man im Schöneberger Rathaus mit Spannung gewartet hatte. Bereits kurz nach 15 Uhr — als in Bonn Bundespräsident Lübke den neuen Ministern die Ernennungsurkunden aushändigte — hatte sich im Sitzungssaal Unruhe gezeigt. Die Fernsehscheinwerfer flammten auf, die Parlamentarier nahmen fast vollzählig wieder ihre Sitze ein.

Aber ihre Erwartung wurde zur Geduldsprobe. 15.15 Uhr: Der Direktor des Abgeordnetenhauses, Heinz Maue, lief in den Saal und zeigte auf den roten Aktendeckel unter seinem Arm. Die Mappe enthielt das Fernschreiben Brandts aus Bonn. Maue übergab sie auf dem Podium dem Parlamentspräsidenten. Bach schlug den Deckel auf, las und klappte ihn wieder zu.

Bis 16.03 ließ Parlamentspräsident Bach die Debatte weiterlaufen, dann war die Geduldsprobe beendet. Bach verlas die Rücktrittserklärung Brandts.

Erst im Laufe der nächsten Woche wird sich wirklich zeigen, wie die Übergangsregierung bis zu den Neuwahlen am 12. März 1967 aussieht. Die Frage nach dem von Albertz durch sein Aufrücken zum „Regierenden" freiwerdenden Bürgermeisterstuhl ist auch für die Zwischenzeit besonders schwierig, da die SPD offenbar aus internen Gründen den endgültigen Stellvertreter nicht vorzeitig „ins Rennen" schicken will. Alle Gespräche um diesen Punkt enden vorläufig mit einem Achselzucken.

In die engere Wahl für das Interregnum zieht man Verkehrssenator Otto Theuner, Arbeitssenator Kurt Exner (der im März nächsten Jahres ohnehin ausscheidet) oder – wenn die SPD den Vorschlag akzeptiert – Finanzsenator Hans-Günter Hoppe. Das von Albertz mitgeleitete Innenressort wird wahrscheinlich nicht sofort neubesetzt, sondern von ihm selbst oder einem Senatskollegen vorläufig mitverwaltet.

Unmittelbar nach der Wahl des neuen Bundeskanzlers hatte Albertz gestern Kurt Georg Kiesinger im Namen der Berliner, des Senats und für sich persönlich ein Glückwunschtelegramm übersandt.

cg

Gastlicher Kurfürst

Zum Wochenende wird das erste große Schiffsrestaurant mitten in der Stadt auf der Spree eröffnet. Die Stern- und Kreisschiffahrt hat ihr neues Flaggschiff „Großer Kurfürst" nicht in den Winterhafen zurückgezogen, sondern neben der Schloßbrücke in Charlottenburg am Bonhoefferufer fest angelegt. Hier wird das schwimmende Restaurant bis zum 31. März 1967 täglich (außer Dienstag) von 11 bis 23 Uhr seine Gäste erwarten.

Foto: Jurisch

Zeugen bestätigten: Zwei Täter

Kripo erhielt Beschreibung des Taxi-Mörders

Mehrere Berliner haben die Taxi-Mörder gesehen. Das ergaben jetzt die Aussagen von zwei wichtigen Zeugen bei der Kriminalpolizei. Unabhängig voneinander erhärteten diese Zeugen die Theorie der Kripo, daß der 54jährige Fahrer und Taxi-Besitzer Alfons Rosenthal zwei Tätern zum Opfer gefallen ist. Die beiden dringend Verdächtigen sind etwa 20 bis 25 Jahre alt. Einer von ihnen trug in der Mordnacht eine schwarze, glänzende Oberbekleidung.

Zwei Berliner, die am vergangenen Montag in aller Frühe zur Arbeit gingen, brachten die Polizei auf die erste „heiße" Spur. Ein Zeuge sah Rosenthals Taxi mit der auffallenden Nummer „B-X 999" zwischen 4.15 Uhr und 4.20 Uhr in der Wollankstraße im Wedding dicht an der Sektorengrenze. Das Taxi war in die Sackgasse bis dicht vor die Mauer gefahren, wendete dann und kam mit hoher Geschwindigkeit zurück. Der Zeuge war gerade im Begriff, die Straße zu überqueren. Er konnte sich nur mit einem Sprung auf den Bürgersteig in Sicherheit bringen.

Da er auf diese Weise grob von dem Fahrzeug gefährdet wurde, merkte er sich die Nummer und warf auch einen Blick in den vorbeijagenden Wagen. Hinter dem Steuer saß ein Fahrer mit Schirmmütze, im Fond bemerkte er zwei jugendliche Fahrgäste. Deutlich erkannte der Zeuge die glänzende dunkle Jacke des einen Jugendlichen. Vermutlich ist dieser Zeuge der letzte gewesen, der Alfons Rosenthal lebend erblickte.

Etwa zwanzig Minuten später, zwischen 4.43 und 4.45 Uhr, fiel einer Zeugin ein besetztes Taxi auf dem Kaiserdamm in Charlottenburg dicht vor der Stadtautobahnbrücke auf. Der Wagen fuhr auf der linken Fahrspur dicht an ihr neben dem Mittelstreifen vorbei. Das gelbe Taxi-Schild war nicht beleuchtet, der Wagen offenkundig besetzt. Diesmal saßen jedoch nur noch zwei junge Männer vorn im Mercedes.

Die Beschreibung, die die Zeugin von den Wageninsassen gibt, deckt sich mit der des ersten Beobachters. Die Frau merkte sich nur die Nummern „999" des Kennzeichens. Es gibt jedoch nur sechs Taxen in West-Berlin, die diese Schlußnummer haben. Vier standen zu dieser Zeit „im Stall", eine war an einer ganz anderen Stelle der Stadt im Einsatz.

Es kann sich also nur um die Taxe von Alfons Rosenthal gehandelt haben, bereits auf dem Rückweg vom Reinickendorfer Interessentenweg (wo die Leiche des ermordeten Taxichauffeurs gefunden wurde), auf der Fahrt zur Spielhagenstraße 18. Weitere Zeugen haben inzwischen bestätigt, daß der Mercedes 180 D hier schon kurz vor 5 Uhr abgestellt wurde.

Die Kripo wendet sich an alle Berliner mit folgenden Fragen: Wo wurden vor 4 Uhr zwei Personen, auf die die Beschreibung der vermutlichen Täter paßt, in Lokalen gesehen? Wer hat gegen 4 Uhr früh zwei junge Leute in ein Taxi steigen sehen? Wer hat nach 4.45 Uhr in der Spielhagenstraße oder in der Umgebung in einem der Lokale Leute gesehen, auf die diese Beschreibung zutreffen könnte?

hae

Sternfahrt zur Beisetzung des ermordeten Taxi-Fahrers

Der ermordete Taxifahrer Alfons Rosenthal wird heute um 10.30 Uhr auf dem Jüdischen Friedhof an der Heerstraße beigesetzt. Die Taxi-Innung will die Trauerfeierlichkeiten mit einer Demonstration unterstreichen. 2000 Taxis werden sich in einer Sternfahrt zum Friedhof begeben, wo die Fahrer ihren toten Kollegen auf seinem letzten Weg begleiten wollen.

Zauberkünstler Marvelli mit großem Programm

Zauberkünstler haben es in einem Zeitalter der technischen Wunder schwer. Dennoch will Marvelli mit seiner neuen Show „Magie 2000", mit der er am Wochenende im Urania-Haus gastiert, gegen modernen Skeptizismus ankämpfen. Marvelli hat seine Tricks, bei denen „klassische" Zaubereien sich mit den Mitteln moderner Technik vereinen, samt Namen von dem Alt-Meister Marvelli übernommen. Mit seiner Zwei-Stunden-Veranstaltung ist der „Meister-Zauberer und Experimental-Psychologe" heute einmalig – und muß ein entsprechendes Reiseprogramm, vorwiegend in Deutschland, Österreich und der Schweiz, bewältigen. Den neuen Publikumsforderungen gemäß hat sich das Programm, bei aller Betonung des Magischen, stark auf die Conférence verlagert. Marvelli verspricht eine interessante Variante über die „zersägte" Dame: die „flüssige" Dame, die von einer Tonne in eine andere „hinüberfließt". Den Höhepunkt der Schau werden Entfesselungsillusionen sein.

Zwei Jungen merkten sich das Kennzeichen

Der 22jährige Gert W. aus Schöneberg geriet am Mittwoch in der Hortensienstraße (Lichterfelde) mit seinem Pkw ins Schleudern und beschädigte ein parkendes Auto. W. steckte einen Zettel unter den Scheibenwischer des beschädigten Wagens und fuhr weiter.

Als die Polizei später den Unfall untersuchte, sahen zwei Jungen im Alter von 13 und 14 Jahren den Beamten über die Schulter. Sie entdeckten, daß die Kennzeichen-Angabe falsch war und nannten die richtige Nummer. W. gab die Fahrerflucht zu. Er benutzte sein Auto, das er seit anderthalb Jahren besitzt, ohne Führerschein, behauptete aber, er sei zum ersten Male selber gefahren.

„Curt Goetz würde hier auch so gedacht haben"

Filmkaufmann Hans Domnick verlor Prozeß um den künstlerischen Nachlaß des Autors

Den von Urheberrechtsproblemen umwucherten Streitfall um den künstlerischen Nachlaß von Curt Goetz zwischen Hans Domnick und Valerie von Martens beziehungsweise dem Felix-Bloch-Erben-Verlag hat jetzt das Kammergericht entschieden. Das Ergebnis: Eine klare Niederlage für Domnick. Der Filmkaufmann habe, so heißt es in dem Urteil des fünften Senats, den Geist seiner Abmachungen mit Goetz und damit das Recht verletzt. Er habe sich allzuviel aus dem Reingewinn der Wiederverfilmung von „Das Haus in Montevideo" und „Dr. med. Hiob Prätorius" in die eigene Tasche gesteckt. Streitwert 1,1 Million DM.

Der Prozeß drehte sich, wie berichtet, um die Filmrechte an jenen Stoffen, die Domnick als Freund von Curt Goetz 1950 erhalten hatte. Aus dem Reingewinn sollten ihm 75 Prozent, Goetz 25 Prozent zustehen. Die ersten Filme wurden ein gutes Geschäft. An Domnick flossen 750 000 DM, an Goetz 250 000 DM aus den Kinokassen.

So drehte Domnick später eine Neuauflage. Wieder gab es siebenstellige Gewinne. Valerie von Martens aber, die Witwe des Autors, sah nur ganze 25 000 DM – lediglich 2,5 Prozent der Gewinne. Mehr noch – ihr wurde die Rechnungslegung über das Gewinnaufkommen verweigert. So kam es zum Prozeß, für den sich beide Seiten als Anwälte namhafte Urheberrechtler gesichert hatten: Domnick zog mit den Rechtsanwälten Dr. Fromm und Nordemann, Valerie von Martens mit Dr. Reichardt und Felix Bloch Erben mit Dr. Tovote vor die Schranken des Gerichts.

Die Zahlung von nur 25 000 DM begründete Domnick damit, daß er die Filmrechte für 100 000 DM veräußert habe, und da ein Viertel von 100 000 DM eben nur 25 000 DM sind, glaubte er, darüber hinaus keinen Pfennig schuldig zu sein.

Aber diese Rechnung ging nicht auf. Filmrechte können nämlich nicht, so urteilte das Gericht, in einem solchen Fall ohne Genehmigung des Autors oder seiner Rechtsnachfolger verkauft werden. Überdies lag auch gar kein echter Verkauf vor. Der Käufer war nämlich Domnick selbst, nämlich in der Form der Domnick-GmbH (Gesellschafter und Geschäftsführer Hans Domnick). So ist die Einspielung von fast einer Million DM eben doch keineswegs an Domnick vorbeigegangen. Valerie von Martens sprach das Gericht 170 000 DM zu.

Auch der Streitpunkt Fernsehauswertung ging für den Filmkaufmann verloren. Da hierüber im Vertrage von 1950 nichts vereinbart war, hatte Domnick gemeint, ihm sei mit den Verfilmungsrechten auch die Fernsehauswertung überlassen worden. Doch was im Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt ist, gehöre auch nicht dazu, entschied das Gericht.

Noch mehrere andere Fragen wurden klar entschieden. „Curt Goetz würde hier auch so gedacht haben." Diese Überlegung zeichnet sich als Grundlage eines Urteils ab, in dem hinter den Paragraphen das Menschliche nicht zu kurz kommt.

fa

Ein Parlamentsbeauftragter könnte neue Probleme schaffen

Ausführliche Debatte im Abgeordnetenhaus

Nicht weniger als fünf parlamentarische Ausschüsse sollen sich nun mit dem Gesetzentwurf über den Parlamentsbeauftragten (ähnlich dem Ombudsman nordischer Länder) und der dazu erforderlichen Änderung der Verfassung beschäftigen. Das entschied nach ausführlicher Debatte gestern das Abgeordnetenhaus. Ungeachtet der erwartungsvollen Unruhe im Saal — schon zu Beginn der Ausführungen von Hermann Oxfort war der Bote mit dem Rücktrittstelegramm des nunmehrigen Vizekanzlers Willy Brandt an den Sitz des Parlamentspräsidenten getreten — erläuterte der Sprecher ausführlich die Vorlage. Ein Parlamentsbeauftragter könne dazu dienen, die Grund- und Menschenrechte stärker zu schützen und die Verwaltung besser zu kontrollieren.

Auf keinen Fall soll er in die Arbeit der Gerichte eingreifen und auch keine vierte Gewalt darstellen, sondern ein Organ der ersten Gewalt bleiben. Oxfort betonte, ein Parlamentsbeauftragter müsse im guten Sinne des Wortes ein „Behördenschreck" sein.

Auf die juristischen Komplikationen, die durch eine solche neue Einrichtung entstehen können, verwies der Sprecher der SPD, Wolfgang Büsch.

Franz Amrehn lobte für die CDU das Motiv für den Vorschlag eines Parlamentsbeauftragten. Aber „wenn nicht in der Verwaltung das Bewußtsein lebendig ist, dem Bürger helfen zu müssen, dann schafft das auch kein einzelner." Der Beauftragte bliebe außerdem stets an das Gesetz gebunden. Er könnte unter Umständen selbst sogar Anlaß für neue Konflikte sein. Außerdem wäre es problematisch, Einrichtungen anderer Länder zu übernehmen, zumal es in den nordischen Ländern zum Beispiel keine Verwaltungsgerichtsbarkeit gebe.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war eine Vorlage über die zusätzlichen Kosten in Höhe von 330 000 DM für das neue Gebäude für das Praktikum des Pharmakologischen Instituts der FU. Da vor Behandlung dieses Punktes der Senat seinen Rücktritt erklärt hatte, begann Prof. Stein seine Rede: „Als geschäftsführendes Mitglied des Senats . . ." Er versprach, daß die Kostenerhöhung ein Einzelfall bleiben soll. In diesem Falle hätte man tatsächlich die vom Ordinarius angemeldeten Mittel zu radikal gekürzt.

Einstimmig nahm das Plenum in der zweiten Lesung das Gesetz über die Zusammenarbeit der FU und der Pädagogischen Hochschule an. Prof. Stein bedankte sich für die in den Ausschüssen geleistete Arbeit und betonte, dieses Gesetz stelle einen wesentlichen Beitrag für die Lehrerbildung Berlins dar. Obwohl ebenfalls einstimmig gebilligt, entwickelte sich bei der zweiten Lesung des Gesetzes über den zweiten Nachtragshaushalt 1966 eine von dem CDU-Abgeordneten Rudolf Mendel ausgelöste Debatte. Es ging um die 20 Millionen DM, die „umgesetzt" und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften für Grundstücksankäufe zur Verfügung gestellt worden sind.

Die CDU äußerte ihre Sorge, daß die Stadt etwa die gesamte Baulandreserve unter die städtischen Wohnungsbaugesellschaften aufteilt und somit für die privaten und anderen gemeinnützigen Gesellschaften nichts mehr übrigbleibt. Finanzsenator Hans-Günter Hoppe beteuerte, der Senat werde es nicht zu einer Monopolisierung des Grundstücksmarktes kommen lassen. Die Kritik der CDU konkretisierte daraufhin Franz Amrehn, seine Partei habe Informationen erhalten, daß die Grundstücksverkäufe zugunsten städtischer Gesellschaften dirigiert würden.

Eine präzise Antwort hierauf wurde von Bausenator Rolf Schwedler in seiner Entgegnung nicht erteilt. Er erklärte allerdings, es gebe seit geraumer Zeit eine „Interessengebietsabgrenzungskartei", die unter Anhörung aller Wohnungsbaugesellschaften aufgestellt worden sei. Damit wolle man verhindern, daß ein gegenseitiges Überbieten stattfinde.

Sowohl die FDP- als auch die CDU-Fraktion hatten in der mündlichen Fragestunde das Thema „Ausbruch aus Strafvollzugsanstalten" gewählt. In Vertretung antwortete Schulsenator Carl-Heinz Evers, seit 1961 seien durchschnittlich jährlich sechs Ausbrüche aus geschlossenen Anstalten zu verzeichnen. Dagegen ist die Zahl der Ausbrüche aus den offenen Anstalten und von der Außenarbeit von acht (1963) auf jährlich 25 gestiegen. Doch sei das nun einmal das Risiko eines modernen Strafvollzuges. Im übrigen hätte man alle Ausbrecher bis auf einen, der sich in die Zone absetzte, wieder gefaßt. Entweder kamen sie freiwillig oder mit der Polizei. Die Folge ist dann strenger Strafvollzug.

Auch die Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Stadtautobahn erlebte durch die Frage des CDU-Abgeordneten Rudolf Dümchen ein „Comeback". Verkehrssenator Otto Theuner betrat, mit umfassendem Zahlenmaterial gerüstet, das Rednerpult. Fazit: ein Vergleich mit Bundesautobahnen sei wegen der höheren Belastung und der breiteren Fahrbahnen überhaupt nicht möglich. Man müsse vielmehr auf eine Million gefahrene Kraftfahrzeug-Kilometer umrechnen. Dann stünde die Stadtautobahn im Vergleich zu Bundesautobahnen sehr günstig da. Die relative Unfallhäufigkeit im übrigen Stadtgebiet sei fünfzehnmal so hoch.

-ska

Seit 75 Jahren Magnet für Hausfrauen

Arminiusmarkthalle in Moabit feiert Jubiläum

Mit Freibier, Blasmusik, Luftballons und Sonderangeboten werden am 6. Dezember die Händler der Arminiusmarkthalle in Moabit das 75jährige Bestehen ihres Hauses feiern. Die Veranstaltung mit prominenten Gästen beginnt um 11 Uhr.

Es ist in wenigen Jahren die zehnte Halle in West-Berlin, die das 75jährige Jubiläum feiert und damit auf eine weitsichtige Tat längst vergessener Stadtväter hinweist.

Ende des vergangenen Jahrhunderts, als Berlin noch aus fünf Bezirken, Mitte, Friedrichshain, Kreuzberg, Tiergarten, Wedding, bestand, wurden in kurzer Zeit 14 Markthallen geradezu aus dem Boden gestampft und der Wochenmarkt auf Straßengelände untersagt. Allgemeine verkehrstechnische und hygienische Gründe waren die Triebfeder der Initiative.

Die Arminiushalle hat sich als die größte verbliebene mit 384 Verkaufsständen als ein blühendes Unternehmen erhalten können. Über 25 Millionen DM Jahresumsatz beweisen die Zugkraft des Handelsplatzes, der sich trotz namhafter Kaufhäuser und Großraumläden in der Turmstraße eine kaufkräftige Kundschaft sichern konnte.

Das Markthallenwesen wird allerdings, wenn es auch in den alten, sehr massiven und noch immer praktischen Hallen mit modernstem Inventar fortbesteht, keine große Zukunft haben. In den neuen Wohnsiedlungen Markthallen zu errichten, hat der Berliner Senat abgelehnt.

er

Von der Anklage der Beleidigung freigesprochen

Von der Anklage der Beleidigung wurde gestern der 24jährige Redakteur Martin Buchholz durch das Schöffengericht Tiergarten freigesprochen. Buchholz hatte in einem Bericht im „Spandauer Volksblatt" über Demonstrationen vor dem Weddinger „Humboldt-Kino" anläßlich des Besuchs der sowjetischen Kosmonauten Leonow und Beljajew am 12. Oktober 1965 das Vorgehen der Polizei kritisiert und als ungerechtfertigt bezeichnet.

In dem Satz „Man hätte die Straße auch ohne Gummiknüppel und ohne aggressive Rüpel in Uniform räumen können" sah die Staatsanwaltschaft eine Überschreitung des Rechts der Presse zur öffentlichen Kritik und eine ausnahmslose Verunglimpfung jedes an dem Einsatz beteiligt gewesenen Polizeibeamten. Das Gericht bestätigte diese Ansicht nicht. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß im Rahmen des Artikels und in Anbetracht der Vorfälle die Ausdrucksweise nicht als Beleidigung anzusehen sei. Auch eine Formalbeleidigung liege nicht vor.

TU-Grundsatzdebatte über das Humanistische Studium

Im Mittelpunkt der zweiten außerordentlichen Sitzung des 21. Studentenparlaments an der Technischen Universität Berlins stand eine Grundsatzdebatte über das Humanistische Studium. Auf der Sitzung, an der auch Vertreter der Professorenschaft teilnahmen, schälten sich drei grundsätzliche Meinungen heraus. Die vom Vorstand auch mit einer Parlamentsdrucksache unterstützte Ansicht ging dahin, das Humanistische Studium völlig auf freiwillige Basis zu stellen und eine das Fachwissen überschreitende Ausbildung in das Ermessen des einzelnen Studenten zu stellen.

Dagegen stand die Gruppe der Befürworter eines wie bisher integrierten Humanistischen Studiums. Sie machte sich mit Unterstützung durch Professor Hübner die Argumentation zu eigen, die heutige Situation erfordere den auch humanistisch gebildeten Studenten der technischen Fächer. Eine dritte Gruppe trat für eine modifizierte, im Umfang reduzierte Beibehaltung ein. Die Debatte hielt bei Redaktionsschluß an.

Kleiner Berlin-Spiegel

Sämtliche Büros des DGB Berlin bleiben heute für den Publikumsverkehr geschlossen.

Die Aufsätze für den Wettbewerb über das Thema „Weltfrieden", den „Lions International" für alle 14- bis 21jährigen veranstaltet, müssen bis zum 10. Dezember eingegangen sein.

Verpflichtet zur unparteiischen Wahrnehmung seines Amtes hat gestern Bürgermeister Heinrich Albertz den zum Landeswahlleiter bestellten Direktor des Statistischen Landesamtes, Karl-Heinz Katsch.

Pendelautobusse werden für die Veranstaltungen in der Deutschlandhalle morgen und am Sonntag zwischen U-Bahnhof Kaiserdamm und der Deutschlandhalle eingesetzt.

Das Französische Gymnasium nimmt im Dezember Anmeldungen von begabten Schülern und Schülerinnen aus der vierten Grundschulklasse für Ostern 1967 an. Anmeldungen: montags bis freitags von elf bis zwölf Uhr, Berlin 52, Kurt-Schumacher-Damm 160d, Tel. 4 55 30 11, App. 875. Die Schüler sind bei der Anmeldung vorzustellen.

Sechstausend Mark und 60 Weihnachtspäckchen für Alleinstehende übergab Mrs. John J. Castellot vom amerikanischen Frauenklub Berlin gestern den Vertretern der sechs Bezirksämter im amerikanischen Sektor.

Nach einem Überfall auf eine 48jährige Passantin, der die Handtasche mit 400 DM geraubt wurde, verfolgte gestern ein Taxifahrer die Täter, den 20jährigen Lutz K. und den 19jährigen Helmut Kr., und veranlaßte ihre Festnahme.

Vier Berliner Gewinner der diesjährigen Fernsehlotterie werden in diesen Tagen von der Firma Eduard Winter einen neuen Volkswagen vor die Tür gestellt bekommen.

Ihren 95. Geburtstag begeht Frau Henriette Bahrow heute in Wittenau, Ilbeshäuser Weg 2–4.